

Antrag Landesparteitag 23./24.04.2015

AntragsstellerIn:

Oliver Brandt, KV Herzogtum Lauenburg

Rasmus Andresen, KV Flensburg

Karolina Ziehm, KV Kiel

Tilman Schade, KV Kiel

Peter Wegner, KV Flensburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Land und Kommunen zu einer nachhaltigen Geldanlage bewegen!

Wir Grüne wollen eine Zukunft ohne fossile Energie. Kohlekraft ist Klimakiller Nummer eins. Sie befördert den Klimawandel und verschmutzt unsere Luft. Wir Grüne wollen deshalb so schnell wie möglich aus der Kohlekraft aussteigen.

Ein Ausstieg aus Kohlekraft und anderen fossilen Energieträgern wird nur dann gelingen, wenn die massiven Investitionen über Versicherungen, Pensionsfonds und öffentlichen Mitteln abgezogen und nachhaltig angelegt werden.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn Staat, VerbraucherInnen und private institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds etc.) nicht mehr in fossile Energien investieren.

Wir Grüne sagen deshalb: Divest now!

Bisher werden soziale, ethische und ökologische Kriterien bei der Anlage von Landes- und Stiftungsvermögen nicht berücksichtigt. Das Land investiert mit der Versorgungsrücklage fast eine halbe Milliarde Euro. Außerdem werden liquide Mittel des Landes und von Landesbeteiligungen in Tagesgeld bei diversen Banken sowie in Anleihen und Fonds investiert.

Wir Grüne fordern eindeutige ethisch-ökologische Anlagekriterien für Pensionsrücklagen und Eigenmittel für Länder und Kommunen.

Das Land und die Kommunen müssen raus der Öl- und Kohlefinanzierung.

Wir Grüne fordern Richtlinien festzulegen, die derartige Investitionen auf Landesebene ausschließen. Wir empfehlen kommunalen Unternehmen, u.a. Sparkassen, ebenfalls entsprechende Anlagegrundsätze zu beschließen. Dort wo wir Einfluss auf die Entscheidungsfindungen der Sparkassen haben, wie zum Beispiel in den Zweckverbandsversammlungen oder den Verwaltungsräten, werden wir uns dafür einsetzen. Auf Landesebene streben wir eine Änderung des Sparkassengesetzes an.

Das Land Schleswig-Holstein und unsere Kommunen sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern sie deshalb zu folgenden Schritten auf:

- Ihre Eigenanlagen im Hinblick auf Kohle-Investitionen zu untersuchen und diese Investitionen offenzulegen.
- ab sofort keine weiteren Investitionen in die fossile Energieindustrie vorzunehmen.
- Eine Strategie zu erarbeiten, wie ein vollständiger Rückzug aller Geldanlagen aus Unternehmen der fossilen Energieindustrie umgesetzt werden kann. Im Rahmen dieser Strategie ist sicherzustellen, dass innerhalb von fünf Jahren alle Beteiligungen in Form von Aktien, Anleihen oder Fonds an fossilen Energieunternehmen abgestoßen werden.

Wir Grüne verstehen nachhaltige Anlagenpolitik aber nicht nur in Bezug auf fossile Energien, sondern grundsätzlich sozial-ökologisch. Der Ausstieg aus fossiler Energie kann dafür nur der Anfang sein. Wir fordern deshalb in einem weiteren Schritt Land und Kommunen auf Anlagerichtlinien zu erarbeiten, die ökologische, soziale und ethische Kriterien bei den Finanzanlagen des Landes und der Kommunen berücksichtigen.

Als ökologische und ethische Mindeststandards gelten dabei folgende Prinzipien:

Das Land und landeseigene Unternehmen und die von ihnen geführten Eigenanlagen und Versorgungseinrichtungen werden künftig keine Beteiligungen mehr an Unternehmen halten, die

- Kinderarbeit zulassen,
- Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- deren Geschäftsgrundlage auf der Extraktion, Veredelung oder dem

Vertrieb von nuklearen oder fossilen Energieträgern (Ausnahme:

Erdgas) sowie der Energieerzeugung mit diesen Energieträgern beruht

- Mineralöl- oder Kohleprodukte extrahieren, veredeln oder vertreiben,
- Schiefergasgewinnung („Fracking“) betreiben

Darüber hinaus sollen die Finanzverwaltungen die Möglichkeit untersuchen, noch weitergehende ethische Anlagegrundsätze zu verfolgen. Solche wären z.B. der Ausschluss von Beteiligungen an Firmen, die

- Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,
- Tierversuche bei Kosmetika durchführen oder
- bei denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden sind.

Uns ist bewusst, dass der Weg hin zu einer sozial-ökologisch nachhaltigen Geldanlagepolitik weit sein kann. Wir Grüne wollen auf Kommunal- und Landesebene alle Akteure unterstützen, die sich auf diesen Weg machen. Unsere beschriebenen Kriterien können eine Richtschnur sein. Wir Grüne sind

überzeugt davon, dass unser Land mit unseren landeseigenen Unternehmen sowie kommunalen Einrichtungen und Unternehmen in Schleswig-Holstein mit gutem Beispiel vorangehen sollten.

Kapitalanlagen müssen in eine lebenswerte Zukunft investiert werden und nicht in Banken und Industrieunternehmen, die es darauf abgesehen haben, unseren Planeten zu zerstören. Es muss Schluss sein damit, dass Land, Kommunen und Versorgungswerke öffentliche Gelder in den Raubbau an Klima und Umwelt investieren.

Begründung:

Divestment aus fossilen Brennstoffen bedeutet das Kappen der finanziellen Verbindung mit dem fossilen Energiesektor. Anstatt durch den Kauf oder den Besitz von Aktien, Anleihen oder anderen Investitionen dieser Branche finanzielle Ressourcen für ihre zerstörerischen Aktivitäten bereitzustellen, ruft die Divestment-Kampagne zu einem Stopp solcher Investitionen und zur Desinvestition, also dem Verkauf fossiler Vermögenswerte, auf.

Um den Planeten und seine BewohnerInnen zu retten, sollten wir den fossilen Brennstoffsektor, der letztlich die Zerstörung des Planeten verursacht, weder aktiv unterstützen noch von dessen Geschäften profitieren.

Rund zwei Drittel aller bekannten fossilen Energiereserven müssen im Boden bleiben, wenn wir den prognostizierten globalen Temperaturanstieg unter 2°C halten wollen. Gegenwärtig investieren die Unternehmen im fossilen Brennstoffsektor massiv in neue Explorationen, und der Marktwert dieser Unternehmen spiegelt noch nicht die Tatsache wider, dass ein großer Teil der fossilen Reserven ihren Wert verliert, sobald der Markt realisiert, dass wir nicht alle vorhandenen

Kohle-, Öl- und Gasreserven verkaufen oder verbrennen können. Das finanzielle Risiko, das sich für öffentliche und private Investoren aus dieser „Kohlenstoffblase“ ergibt, soll durch Divestment thematisiert werden.

Wenn staatliche Rentenkassen, Versicherungsunternehmen oder andere öffentliche Institutionen im großen Maße im fossilen Energiesektor investiert haben, macht sie das abhängig. Die Erwartung auf Gewinn aus diesen Investitionen schmälert damit unsere demokratische Fähigkeit, eine effektive Klimapolitik wie beispielsweise über ehrgeizige Emissionsreduktionsziele zu beschließen.